



Jugend im Aus: Chiles Wahlsystem führt zur Mumifizierung der politischen Klasse

Ernst Hillebrand

Mit der Reform des Einschreibungsverfahrens will die Regierung Ricardo Lagos endlich eines der gravierendsten Probleme der chilenischen Demokratie angehen. Mit der automatischen Einschreibung bei Erreichung der Volljährigkeit soll der immer stärker zunehmende Ausschluss junger Menschen aus dem politischen System überwunden werden. Wenige Monate vor den Kommunalwahlen und eineinhalb Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen droht die Reform jedoch an parteitaktischen Widerständen zu scheitern.

Als die Chilenen im Oktober 1988 über das Ende der Militärdiktatur abzustimmen hatten, stellten junge und jüngere Menschen den größten Wählerblock dar: Dank einer massiven Einschreibungs- und Mobilisierungskampagne der demokratischen Kräfte der „Concertación“ stellten die Unter-Dreißig-Jährigen 35% der registrierten Wähler. Als sich in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 1988 die Waage schließlich mit 56% der abgegebenen Stimmen zugunsten der Demokratie neigte, war dies nicht zuletzt diesen Jungwählern zu verdanken.

Schlecht hat es die Concertación seither dieser Bevölkerungsgruppe gedankt. Sie hat ein Wählerregistrierungs- und Wahlsystem fortbestehen lassen, das zu einem schleichenden Ausschluss der jüngeren Chilenen aus dem politischen System geführt hat. Die nach wie vor geltende „Pinochet-Verfassung“ von 1983 sieht vor, dass die Einschreibung in die Wählerregister freiwillig ist und von den Wählern selbst veranlasst werden muss. Ist sie einmal jedoch erfolgt, dann besteht Wahlpflicht und ihre Nichtausübung

wird – zumindest theoretisch - mit einer Geldbuße geahndet. Darüber hinaus besteht die Pflicht, für die Tätigkeit als Wahlschöffe in einem der vielen Wahllokale des Landes (Männer und Frauen wählen in Chile immer noch in getrennten Wahllokalen) zur Verfügung zu stehen.

Praktisch führt dieses System dazu, dass der Anteil der als Wähler registrierten jungen Menschen immer weiter gesunken ist. Waren 1988 fast 80% der chilenischen Unter-Dreißig-Jährigen in die Wahlregister eingetragen, so sind es heute nur noch 30%. Besonders dramatisch ist die Lage bei den eigentlichen Jungwählern, den 18 bis 19-Jährigen. Gerade mal knapp 10% dieser Altersgruppe haben sich als Wähler registrieren lassen. 2,1 Millionen Bürger unter 30 Jahren – ein knappes Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung – sind heute nicht im Wahlregister registriert. Immerhin die Hälfte davon ist zumindest soweit an Politik interessiert, dass sie sich, so die letzte nationale Jugendstudie des staatlichen „Instituto de la Juventud“, wenigstens grundsätzlich mit der Absicht trägt, sich irgendwann einmal als Wähler registrieren zu lassen.

Was gar nicht so einfach ist. Die Wahlregister öffnen Montags-Freitags von 9-14:00 Uhr. Da ist der normale chilenische Jugendliche allerdings in der Schule oder am Arbeitsplatz. Die einzige Möglichkeit ist der Samstag-Vormittag. Aber da haben auch chilenische Jugendliche – so weit bereits wach - in der Regel anderes im Kopf, als sich zu einem peripheren Außenposten der jeweiligen Kommunalverwaltung zu schleppen, um sich endlich in das Wählerregister eintragen zu lassen. Und selbst wenn ihnen just dieses einfallen sollte, ist damit keineswegs gesagt, dass es auch gelingt. Denn die Wählerregister sind nur an drei Monaten des Jahres geöffnet: im Jahre 2004 etwa vom 5. April bis zum 2. Juli. Spätestens 90 Tage vor einer Wahl werden sie geschlossen. Das ist günstig, denn sollte ein Jungbürger etwa aufgrund des Wahlkampfes bemerken, dass es ihm vielleicht doch nicht ganz egal ist, wer seine Gemeinde oder sein Land in den nächsten fünf Jahren regiert, so kann er sich als Wähler nicht mehr registrieren lassen. *Next time lucky*. Soweit der/die Jungwähler/in dann noch Lust auf die Ausübung des verfassungsmäßig garantierten Wahlrechts hat...

Die Folgen dieses Systems sind unübersehbar: immer weniger junge Menschen lassen sich registrieren, der Altersdurchschnitt der (registrierten) Wahlbevölkerung steigt stetig und der Anteil der Jungwähler am Wählerpool liegt deutlich unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Erstwähler im Alter von 18 bis 19 Jahren machen gerade mal 0,8% der registrierten Wähler aus. Wobei es allerdings durchaus Unterschiede gibt: Die Einschreibungsrate ist unter der Jugend der sozial besser gestellten Schichten deutlich höher als unter den Jugendlichen der – zahlenmäßig dominierenden – einkommensschwachen Gruppen. Wenig Unterschiede gibt es dagegen zwischen jungen Frauen und Männern.

Die Konsequenz dieser sinkenden Beteiligung der Jugend an der Wahlbevölkerung und der stetigen Alterung der Wahlbevölkerung lässt sich im politischen Alltag durchaus ablesen: für die Jugend relevante Themen bewegen eine notwendigerweise in Wahl-Kosten-Nutzen-Relationen denkende politische Klasse immer weniger. Dies lässt sich gegenwärtig vor allem im Warmlaufen für die Kommunalwahlen vom 31. Oktober 2004 beobachten. Während es sich kein/e Kandidatin für das Bürgermeisteramt leisten kann, ohne Vorschläge für „Seniorenprogramme“ „Senioren-Tourismus“ und andere zielgruppenorientierte Vorschläge für ältere Menschen ans Klinkenputzen zu gehen, wird für Jugendliche wenig spezifisches angeboten. Bürgermeisterkandidaten aller Parteien berichten, dass ihre Wahlkampfmanager Ihnen mit guten Argu-

menten davon abraten, allzu viel Zeit und Geld in Kontakte mit Jugendlichen zu investieren und ihnen empfehlen, sich das Geld lieber für den „Kuchengruß“ an die örtlichen Seniorenzirkel zu sparen: Hier spielt die Musik, hier sitzen die Wähler. Gleichzeitig steigt bei der Jugend der Frust, fühlen sich – dies belegen eine Vielzahl von Untersuchungen und Meinungsumfragen - immer weniger junge Chilenen von Politik und Parteien vertreten.

Die jetzige Debatte

Die Regierung Lagos hat nun eine Initiative gestartet, um diese Situation zu verändern: In seinem Bericht an die Nation vom 21. Mai kündigte Staatspräsident Ricardo Lagos an, dass die Regierung eine Gesetzesinitiative zur Reform der Wählerregistrierung ins Parlament einbringen werde: die jetzige Formel der freiwilligen Einschreibung bei obligatorischer Wahlbeteiligung soll durch die Formel der automatischen Einschreibung und Freiwilligkeit der Stimmabgabe ersetzt werden. Ein entsprechender Gesetzestext wurde in der Tat im Juni in das parlamentarische Verfahren eingebracht.

Diese Initiative ist keineswegs die erste dieser Art. Ähnliche Vorschläge wurden von verschiedenen Abgeordneten und Senatoren bereits in den Jahren 1996, 1997, 1998 und 2001 in das Parlament eingebracht. Alle scheiterten. Wobei der Schwarze Peter keineswegs allein bei den rechten Oppositionsparteien liegt: Die Initiativen wurden von übergreifenden Mehrheiten aus allen politischen Lagern abgelehnt. Insofern lässt sich diesmal in zweierlei Hinsicht ein Unterschied erkennen: Zum ersten Mal kommt die Initiative aus dem Regierungssitz, der Moneda, unterstützt vom vollen Einsatz der Schwergewichte der Regierung. Und zum ersten Mal haben sich die beiden großen linken Regierungsparteien PPD und PS relativ deutlich zumindest hinter die Reform der Wählerregistrierung (automatische Einschreibung bei Erreichung der Volljährigkeit) gestellt. Vorsichtig positiv äußerten sich auch die beiden rechten Oppositionsparteien, wenn auch mit dem Vorbehalt, dass diese Veränderung erst langfristig wirksam werden sollte.

Die Gründe für die verschiedenen Positionen und Taktierereien in den beiden Kammern des Parlaments sind vielfältig und in mancherlei Hinsicht geradezu zwangsläufig. Diese 2,1 Millionen junger Menschen, deren Beteiligung am politischen System in Zukunft droht, stellen eine erschreckend große Unbekannte dar. Politiker aller Länder pflegen in derartigen Dingen eher risikoadvers zu sein: schließlich geht es nicht nur um

das Vaterland, sondern auch um den eigenen Job.

Und die jetzige Situation ist gerade für die „Amtsinhaber“ relativ angenehm. Da kaum neue Wähler hinzukommen, bleiben die Ausschläge gering und die Wahlen erfreulich berechenbar: Fachleute aller Lager rühmen sich, die Ergebnisse fast aller Wahllokale Chiles mit hinreichender Genauigkeit vorhersagen zu können. So etwas ist praktisch, zumal für die Parteispitzen, die unter dem chilenischen „binominalen“ Wahlsystem die Parlaments- und Senatssitze mehr zuteilen können als wirklich dem Zufall des politischen Willens der Bevölkerung anheim stellen zu müssen.

Die beobachtbaren Unterschiede in der Haltung zur aktuellen Gesetzesinitiative erklären sich denn auch weniger aus grundsätzlich unterschiedlichen Überlegungen zur Zukunft des politischen Systems Chiles an sich. Vielmehr haben in den letzten Wochen die Strategen aller Parteien angefangen, ihre Berechnungen anzustellen. Dabei sind sie zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen:

- *Die rechten Oppositionsparteien UDI und RN haben eigentlich nichts gegen eine größere Beteiligung von Jungwählern. Sie haben eine relativ hohe Unterstützung bei den Jungwählern, gerade in den gegenwärtig besonders schwach registrierten, aber bevölkerungsstarken ärmeren Schichten. Was für RN und UDI die Sache kompliziert, ist die Aussicht auf die Präsidentschaftswahlen 2005. Die Jugendlichen – zumal die ärmeren – zeigen eine besonders geringe Parteienbindung. Wahlentscheidungen sind hier noch mehr als in anderen Wählermilieus Persönlichkeitsentscheidungen. Der nach wie vor in Umfragen exzellent positionierte designierte Präsidentschaftskandidat der Rechten, Joaquín Lavín, hat aber gerade bei jüngeren Wählern ein Problem: in dieser Gruppe kommt eine der möglichen Kandidatinnen der Concertación – die jetzige Verteidigungsministerin Michelle Bachelet – deutlich besser an als er. Das spricht dafür, die Reform für die Wahlen nach 2005 aufzuheben.*
- *Aus dem selben Grund haben auch einige Abgeordnete der linken Parteien PS und PPD – die mehrheitlich eine vergleichbare Initiative noch 1998 ablehnten – plötzlich den Charme der Operation erkannt. Letztendlich haben sie wenig zu verlieren und bei der Präsidentschaftswahl 2005 relativ viel zu gewinnen. Die linken Parteien genießen laut Umfragen eine höhere Sympathie bei Jugendlichen aus höheren und mittleren Einkommensgruppen,*

welche eine stärkere Tradition von politischer Partizipation und Wahlbeteiligung haben. Darüber hinaus gibt es bei vielen führenden Politikern der PPD und der PS allerdings auch eine wachsende Erkenntnis, dass die jetzige Formel nicht lebensfähig ist und langfristig das demokratische System insgesamt unterhöhlt.

- *Die klarste Ablehnung kommt von der anderen Hälfte des Regierungslagers: der christdemokratischen DC. Diese Partei ist diejenige, die aufgrund ihrer geringen Popularität bei den jungen Wählern am meisten zu verlieren hat und für die die Trägheitskräfte der Wahlpflicht eines still vor sich hin alternden Wählerbestands am wichtigsten sind. Für viele der zur Wiederwahl anstehenden Senatoren der DC würde eine deutliche Verjüngung des Wählerpools zu einer ziemlich sicheren Niederlage führen. Daher wird jede erdenkliche Art von Argument gesucht. Nicht zuletzt sei aufgrund der Neuheit des Verfahrens mit einem nicht näher definierten „Chaos“ zu rechnen, so kürzlich der DC-Senator Rafael Moreno. Was den Staatspräsidenten Ricardo Lagos zu der Bemerkung veranlasste, dass er nicht ganz einsehen könne, warum der Staat nicht in der Lage sein sollte, einen 18-Jährigen automatisch in das Wahlregister einzutragen – während der selbe Staat durchaus in der Lage ist, diesem 18-Jährigen automatisch einen Musterungsbescheid zuzustellen.*

Das Risiko der Mumifizierung

Chiles politisches System leidet nicht mehr, aber auch nicht weniger als andere lateinamerikanische Demokratien unter einer wachsenden Apathie der Bevölkerung. Dies ist insofern erstaunlich, als in Chile dieses politische System vielfältige Erfolge vorweisen kann. Nicht zuletzt haben die drei Regierungen der Concertación seit 1988 dem Land ein hohes Wirtschaftswachstum, eine drastische Reduzierung der Armut und eine massive Ausweitung von Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung gebracht. Dennoch ist die Identifikation mit dem demokratischen System auch in Chile schwach. Dies hat vielfältige, oft sehr irrationale Gründe; nicht zuletzt aber schränkt das in der Pinochet-Verfassung festgeschriebene binominale Wahlsystem faktisch die Relevanz der Wählerentscheidungen drastisch ein (für die Erreichung eines Parlamentsmandates macht es keinen Unterschied, ob ein/e Kandidat/in 35 oder 65% der Stimmen erhält). Aber auch die wachsende Exklusion der Jugendlichen Chiles aus dem

politischen System dürfte sich in den Umfragen negativ niederschlagen. Eine Reform ist daher überfällig; nicht zuletzt droht ohne sie eine Mumifizierung der politischen Klasse Chiles.

Dennoch sind im Moment die Erfolgsaussichten des Projekts offen. Viele Wetten gehen dahin, dass die Reform zwar durch das parlamentarische Verfahren kommt, jedoch erst für spätere Wahlen gültig werden wird. Manche Politiker sprechen bereits von den Kommunalwahlen 2008 - zwanzig Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur. Es spräche weder für den Mut noch für den partizipativen Eifer der Politiker Chiles, zwei Jahrzehnte gebraucht zu haben, um das Versprechen des Plebiszits von 1988 – die volle Wiederherstellung der Demokratie und die Schaffung eines partizipativen politischen Systems – auch in den Fakten und nicht nur auf dem Papier realisiert zu haben. In dieser Hinsicht sind Chiles Jugendliche denn vielleicht auch gar

nicht so denkfaul, wie viele behaupten: lediglich 25% von ihnen meinen, das politische System ihres Landes sei wirklich rundum demokratisch. 55% meinen, dass dafür noch einige Verbesserungen notwendig seien. Die Reform der Wählerregistrierung wäre zweifelsohne eine davon.

Kontakt in Deutschland:

Dr. Svenja Blanke
Friedrich-Ebert-Stiftung
IEZ/Lateinamerika und Karibik
Godesberger Allee 149
Tel. 0228/883-573
Fax: 0228/883-404
E-Mail: svenja.blanke@fes.de